

Grosser Ärger bei den Wirten

Dass der Bundesrat die vor Weihnachten beschlossenen Massnahmen weiterführt, erzürnt das Gastgewerbe. Die Regierung habe sich bei ihrem Entscheid auf falsche Werte berufen und müsse nun für den Schaden aufkommen.



Bild: grejak/123RF

Der Bundesrat habe es heute nicht einmal für nötig gehalten, vor die Medien zu treten. Er habe es bei einer trockenen Mitteilung belassen, ärgert sich der nationale Wirtverband Gastrosuisse in einer Mitteilung vom Mittwochabend.

Die Regierung kam heute nach einer detaillierten Analyse der epidemiologischen Lage zum Schluss, dass die am 18. Dezember beschlossenen Massnahmen unter anderem die Schliessung von Restaurants derzeit nicht geändert würden und eine Neubeurteilung der Lage am 6. Januar 2021 stattfinden werde.[RELATED]

GastroSuisse sei enttäuscht darüber, dass der Bundesrat sich auf einen klar höheren und somit falschen Wert berufen hatte, als er am 18. Dezember 2020 die Schliessung der Restaurants beschlossen habe. «Das ist haltlos und willkürlich», so Casimir Platzer. Der Präsident von GastroSuisse macht deutlich: «Die Krise wird ohne Grund auf dem Rücken des Gastgewerbes ausgetragen.»

Der Schaden sei aber schon angerichtet. Der Verband erhalte laufend Briefe von Mitgliedern, denen das Wasser zum Hals steht, oder die ihren Betrieb für immer schliessen müssen. «Der Frust und die Hoffnungslosigkeit bei vielen unserer Mitglieder ist sehr gross», sagt Platzer und betont einmal mehr: «Die Situation im Gastgewerbe ist schlichtweg unerträglich.»

Der Bundesrat muss für den Schaden aufkommen

GastroSuisse verlangt, dass der Bund für den Schaden aufkommt, den er angerichtet habe. Es brauche jetzt sofort eine Lockerung der Anspruchsberechtigung für Härtefallgelder, damit A-fonds-perdu-Beiträge rasch ausbezahlt werden können.

Bis am 5. Januar 2021 können die Kantone dem Bund Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreiten. «Wir erwarten vom Bund, dass er danach die Frage nach einer Entschädigung zu Gunsten des Gastgewerbes beantwortet», so Platzer. (htr)

Publiziert am Mittwoch, 30. Dezember 2020